USA

Bill Clintons eiliger Krieg

Mit den überraschenden Luftangriffen auf Ziele in Afghanistan und im Sudan versucht der angeschlagene Präsident, sich den Weg aus der Affäre Monica Lewinsky freizuschießen. Dafür beschwört er die Gefahr einer Konfrontation mit der islamischen Welt herauf.

AP

Präsident Clinton: *„Wir werden unbeirrbar sein“*

Das Netz zog sich unaufhaltsam um ihn herum zu. Die Kommentatoren des Landes schrieben bereits melancholische Abgesänge auf eine Präsidentschaft, die sich selbst zerstört hatte. Die republikanische Opposition trieb ihn vor sich her. Viele seiner demokratischen Parteifreunde zogen sich von ihm zurück, enttäuscht von seiner Unaufrichtigkeit.

Und seine Nemesis, der unerbittliche Sonderermittler Kenneth Starr, vernahm abermals Monica Lewinsky, um Clinton doch noch des Meineids und der Behinderung der Justiz zu überführen. Das Gespenst des „Impeachment“, des Amtsenthebungsverfahrens, schwebte bedrohlich über dem Weißen Haus – bis zum vorigen Donnerstag.

Drei Tage nach seiner unvollständigen Aussage vor der Grand Jury und der trickreichen, geradezu wortakrobatischen Ansprache an die Nation schien die Situation für den amerikanischen Präsidenten nahezu hoffnungslos. Selbstgerecht noch im verschleierten Eingeständnis seiner minima culpa hatte er sich präsentiert und dabei wie ein prinzipiell Unbelehrbarer gewirkt.

Dahin waren seine moralische Autorität und seine Glaubwürdigkeit, auf dem Spiel stand die Handlungsfähigkeit des mächtigsten Mannes der Welt, des Chefs der letzten Supermacht.

Das war der Moment, in dem Bill Clinton den Befehl zum Feuern erteilte. Um 13.30 Uhr Washingtoner Zeit starteten 75 bis 80 Marschflugkörper von sieben amerikanischen Kriegsschiffen. Der Auftrag des Oberbefehlshabers lautete: die Vernichtung islamistischer Ausbildungslager in Afghanistan, die Zerstörung einer pharmazeutischen Fabrik im Sudan, die angeblich Grundstoffe für die Produktion von Nervengas herstellte – und die Rettung von Clintons Präsidentschaft.

Man habe über Erkenntnisse verfügt, daß sich militante islamistische Anführer in Afghanistan zur Lagebesprechung treffen wollten; neue Angriffe auf Amerikaner seien binnen Tagen zu erwarten gewesen, begründete Clinton die Notwendigkeit zum raschen Handeln.

Gesicherte Hinweise lieferte er dafür ebensowenig wie Details über die Wirkung seines Bombardements. Das Schweigen,

ganz gegen die Gewohnheit des Pentagon, das seine Fähigkeiten sonst nur allzugern mit Karten, Grafiken und Videoaufnahmen ins rechte Licht rückt, ist verräterisch.

Viele Fragen blieben offen: Ausbildungslager sind wohl kaum der Aufenthaltsort für Terroristen, die kurz vor einem Anschlag stehen. Und wenn die pharmazeutische Fabrik el-Schifa im Norden Khartums nach Pentagon-Angaben „Vorprodukte“ für die Herstellung des Nervengifts VX herstellte, nicht aber den Stoff selbst, warum wurden dann die VX-Labore nicht direkt ins Visier genommen? Gibt es die vielleicht gar nicht im völlig verarmten, rückständigen Sudan?

Die Wahl der Waffen für den US-Angriff entsprang mehr politischer Berechnung als dem Wunsch nach maximaler militärischer Wirkung. Den womöglich effektiveren Einsatz von Kampfflugzeugen wagte das Weiße Haus nicht. Zu groß schien das Risiko, daß einige Maschinen abgeschossen, Piloten vielleicht gefangengenommen worden wären.

Überdies hätte Washington pakistanische Luftstützpunkte benutzen oder wenigstens Überflugrechte erbitten müssen. Das hätte die Regierung in Islamabad schwerlich zugelassen, wäre sie doch sonst in Gefahr geraten, selbst Zielscheibe gewalttätiger Fundamentalisten zu werden, von denen es genug im Lande gibt.

Deswegen wurden die Cruise Missiles abgefeuert, hieß es im Pentagon. Zwei Schiffe kreuzten im Roten Meer direkt vor dem Horn von Afrika, fünf, darunter ein U-Boot, im Arabischen Meer. Von dort bis zum Zielgebiet nahe der afghanischen Stadt Khost sind es gut tausend Kilometer. Das modernste Modell der „Tomahawk“-Cruise-Missile der US-Marine kann seinen gut 300 Kilogramm schweren konventionellen Sprengkopf 1700 Kilometer weit tragen, die U-Boot-Variante immerhin noch 1200 Kilometer.

Die „Tomahawk“ TLAM-C, Stückpreis 600 000 Dollar, befördert allerdings nur einen einzigen Sprengkopf. Wird sie von ihrem Steuerungscomputer präzise in einen Flugzeughangar oder Befehlsbunker gelenkt, kann sie erheblichen Schaden anrichten. Für Flächenziele wie Trainingslager in freier Natur eignet sie sich dagegen nicht besonders.

Die werden besser mit der TLAM-D angegriffen. 166 Minibomben streut dieser Flugkörper über dem Ziel aus; sie können Panzerung durchschlagen, weiträumig Splitter schleudern und mit Brandsätzen ein flammendes Inferno entfachen – äußerst wirksam bei Zeltlagern, Fahrzeugansammlungen und ähnlichen „weichen“ Zielen.

Nicht nur im Golfkrieg, auch danach haben die USA wiederholt konventionell bestückte Cruise Missiles eingesetzt – ausschließlich gegen Saddam Hussein. 1991 gingen die Flugkörper nicht selten daneben, weil das Steuerungssystem, in dem der Weg zum Ziel gespeichert ist, gelegentlich die Orientierung verlor.

Die neuesten „Tomahawks“ erhalten Orientierungshilfe aus dem All: Satelliten des weltumspannenden Global Positioning System erlauben dem Bordcomputer jederzeit, die eigene Position, die Lage des Ziels und den Flugweg dorthin metergenau zu errechnen.

Die pharmazeutische Fabrik in Khartum, vier Stockwerke hoch, wurde denn auch wie im Lehrbuch getroffen und mit großer Präzision vollständig zerstört, stellten Augenzeugen fest. Nahe gelegene Wohngebiete blieben unberührt, wenigstens zehn Arbeiter wurden verletzt.

Die Regierung in Khartum behauptete, das Werk, das mehrheitlich dem sudanesischen Unternehmer Salah Idriss gehört, habe Antibiotika und Impfstoffe hergestellt; sie lud die Uno ein, eine Untersuchungskommission zu entsenden und sich von der Harmlosigkeit zu überzeugen. Die Firma produzierte in Lizenz für ägyptische Medikamentenhersteller, etwa das bekannte Unternehmen Dos. Der Rote Halbmond, das Gegenstück zum Roten Kreuz, lobte als Abnehmer „beste Qualität und billige Preise“.

Der Oppositionspolitiker Sadik el-Mahdi von der Nationalen Demokratischen Allianz Sudans sprang dagegen Clinton bei: „Die Fabrik war schwer bewacht, ich glaube, da war etwas faul.“

In Afghanistan wurden insgesamt sechs Ziele angegriffen – angeblich der größte

AFP / DPA

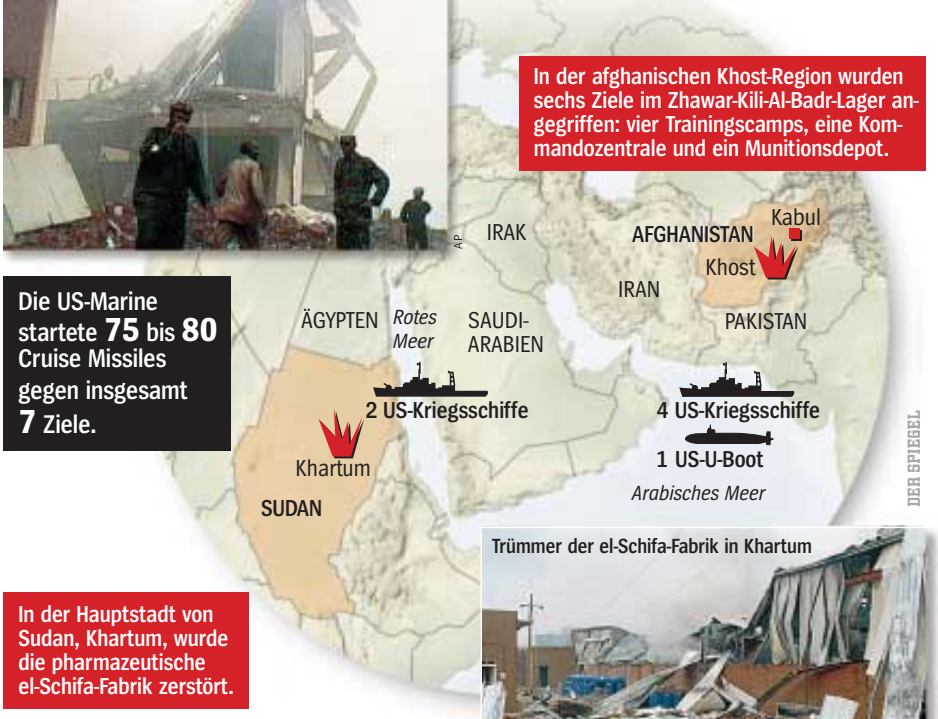
Terrorchef Ibn Ladin
Für die Amerikaner ein Feind nach Maß

Rettungsarbeiten in Khartum

AP

Clintons Schlag gegen den Terror

US-Angriff am 20. August gegen Ziele in Afghanistan und Sudan



Trümmer der el-Schifa-Fabrik in Khartum

AP

„terroristische Universitätskomplex der Welt“ mit Schießübungsplätzen, Lehrsälen, Panzern, Mannschaftstransportwagen, Depots von Munition und Sprengstoff, so ein CIA-Mann. Ein Sprecher der Taliban erklärte, im Stützpunkt Zhawar Kili Al-Badr bei Khost seien 21 Menschen ums Leben gekommen, weitere 3 sollen in der Nähe von Jalalabad getötet worden sein. Man werde Tage brauchen, um die Wirkung zu bewerten, meinte ein Pentagon-Planer.

Eine halbe Stunde nachdem Clintons Geschosse eingeschlagen waren, setzte der Führer der westlichen Welt seine Metamorphose vom ertappten Schürzenjäger zum verantwortungsbewußten Staatsmann effektvoll in Szene. In einer eilig einberufenen Pressekonferenz an seinem Urlaubsort auf der Atlantikinsel Martha’s Vineyard überraschte er die Öffentlichkeit in der neuen Rolle als Kriegsherr: „Wir haben heute militärisch zurückgeschlagen. Terroristen dürfen keinen Zweifel daran haben, daß angesichts ihrer Drohungen Amerika seine Bürger beschützen wird.“

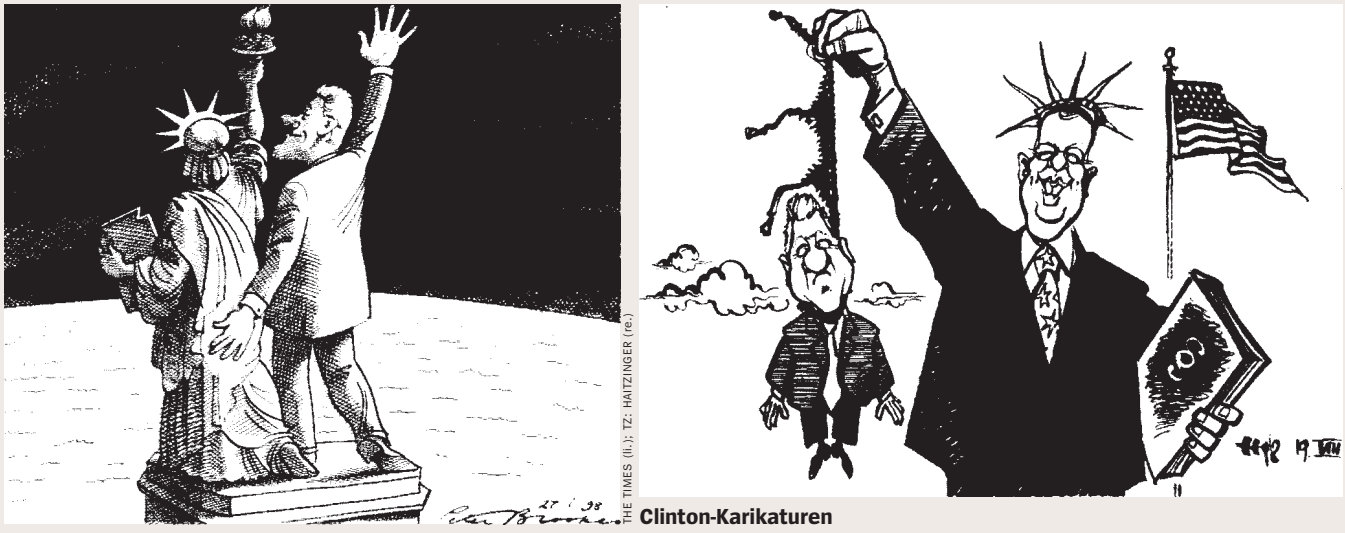
Dann bestieg er die Präsidentenmaschine „Air Force One“ und flog nach Washington. Seine Rede an die Nation wollte er unbedingt aus dem Oval Office heraus halten, um sich und seiner – schon als Oral Office verspotteten – Regierungszentrale etwas von der Würde und der Schicksalsschwere des Amtes zurückzugeben.

Doch dem Auftritt, so feierlich und entschlossen er auch wirken sollte, haftete unweigerlich ein Hauch von absurdem Theater an. Das Schauspiel, das sich den Amerikanern und der Welt bot, kam manchen nämlich verdächtig bekannt vor. Erst kürzlich lief die Hollywood-Satire „Wag the Dog“ in den Kinos. Die Story: Ein US-Präsident, wegen einer Sex-Affäre mächtig unter Druck, lenkt die Öffentlichkeit mit einem erfundenen Krieg ab, präsentiert gestellte Fernsehbilder und einen bösen islamistischen Feind.

Sollte die Posse unvermittelt Realität geworden sein? Verteidigungsminister William Cohen, nach der Parallele gefragt, wiegelte unwirsch ab: „Unsere einzige Überlegung war, das amerikanische Volk zu beschützen. Wer Amerikaner angreift, darf nirgendwo in der Welt unantastbar sein.“ Schon am selben Tag, an dem die amerikanischen Bombenopfer aus Nairobi und Daressalam in die Heimat überführt wurden, habe der Stab des Pentagon gemeinsam mit dem Präsidenten begonnen, die Vergeltung zu planen, beteuerte Cohen. Bereits vor seiner Vernehmung im Fall Lewinsky Anfang vergangener Woche habe Clinton die Vorbereitungen zu dem Angriff genehmigt.

Tatsächlich hatten sich die Anwälte des Präsidenten beklagt, er nehme sich zuwenig Zeit, um seine Zeugenaussage vor Starr einzustudieren. Nun wußten sie, warum. Clinton führte einen Zweifrontenkrieg: Im Untergeschoß des Weißen Hauses entwarfen Offiziere und CIA-Beamte Pläne für den Überraschungsschlag. Im ersten Stock beratschlagten die Juristen derweil die Abwehr des womöglich gefährlicheren Gegners: Starr.

Als Oberbefehlshaber der Nation konnte Clinton dem Publikum einen Feind nach Maß präsentieren, einen ruchlosen Finsterling, wie ihn Steven Spielberg nicht treffender hätte erfinden können: den Millionär Ussama Ibn Ladin, 42, Mäzen des islamistischen Terrorismus und mutmaßlicher Drahtzieher der Anschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressa-



THE TIMES (li.); TZ; HAITZINGER (re.)

Clinton-Karikaturen

AP

Starr-Gegner Clinton
„Das Vertrauen verloren“

REUTERS

Starr-Zeugin Lewinsky
Hauch von absurdem Theater

lam. Gegen so einen kann Amerika sein Bestes zum Einsatz bringen – sein unerschütterlich gutes Gewissen und seine unschlagbar guten Waffen.

War also nun, in Clintons politisch brisantestem Kriegseinsatz seit seiner Umgehung der Wehrpflicht in Vietnam, schlicht Recht geschehen? Oder hatte der Herr im Weißen Haus, wie es vor ihm so gern Ronald Reagan mit dem Libyer Gaddafi tat, den Gegner für seine Zwecke dämonisiert?

Der Präsident machte gewissermaßen Notwehr geltend und berief sich auf das Recht zur Selbstverteidigung; es habe gegolten, eine akute Gefahr abzuwenden. Für den Juristen Clinton war das wichtig, so konnte er rechtfertigen, warum er ohne Vorwarnung, ohne Uno-Zustimmung und ohne Unterrichtung der zuständigen Ausschüsse des Kongresses auf dem Territorium zweier souveräner Staaten zugeschlagen hatte – wenn nicht Gefahr im Verzug ist, muß der Kongreß zu jedem Militäreinsatz im Ausland gehört werden.

Nichts eint das amerikanische Volk mehr als ein gemeinsamer Feind, nichts liebt diese Nation mehr als eine kraftvolle, militärische Machtdemonstration, am besten mit dem Schlußwort „Justice is done“.

In seiner Fernsehansprache, die fast doppelt so lang ausfiel wie seine mißglückte Reuerede vom Montag, zupfte Clinton meisterlich die Saiten des Patriotismus: „Unsere heutige Aktion soll unsere Botschaft laut und klar verbreiten: Es wird keine Zufluchtsorte für Terroristen geben. Wir werden unser Volk, unsere Interessen und unsere Werte verteidigen. Wir werden Völkern jeden Glaubens, die frei von Furcht und Gewalt leben wollen, überall auf der Welt helfen. Wir werden unbeirrbar sein, und wir werden obsiegen. Ich danke Ihnen, Gott segne Sie und unser Land.“

Gegen soviel nationales Tremolo sind nur wenige Amerikaner gefeit. Arlen Specter, republikanischer Senator aus Pennsylvania, blieb einer der wenigen, die sich zunächst kritisch zu Clintons Schnellschuß äußerten: „Ich unterstütze Aktionen gegen Terroristen, aber sie sollten wohlüberlegt sein.“ Für ihn kam der präsidiale Vergeltungsschlag verdächtig hastig. Warum habe man nicht die Ergebnisse einer genauen kriminalistischen Untersuchung abgewartet? Und weshalb habe Clinton die Mitglieder des Verteidigungsausschusses nicht vorab informiert? „Bei der Beurteilung der Sache muß man immer die Probleme des Präsidenten im Auge behalten“, stellte Specter nüchtern fest.

Noch deutlicher wurde sein Parteigenosse Dan Coats, Senator aus Indiana, dem allerlei Ungereimtheiten auffielen: „Wenn diese Gruppen, wie der Präsident sagt, schon früher Amerikaner attackiert haben, warum haben wir sie dann nicht früher angegriffen? Clintons Timing ist so außergewöhnlich, sein Vorgehen so anders als alles, was er in den vergangenen sechs Jahren seiner Amtszeit getan hat, daß sich solche Fragen aufdrängen. Das Problem dieses Präsidenten ist doch, daß er das Vertrauen verloren hat und daß nun jede seiner Aktionen hinterfragt werden muß. Das ist schwierig für unser Land, vielleicht sogar gefährlich. Der Präsident hat das Band des Vertrauens unwiederbringlich zerrissen.“

Doch die Zweifler verstummten, als die Republikaner erfuhren, daß ihre Vormänner im Senat und im Repräsentantenhaus eingeweiht waren. Newt Gingrich, der konservative Sprecher des Repräsentantenhauses, überraschte mit seiner Zustimmung sogar die Reporterin des Nachrichtensenders CNN. Ob er denn den Zeitpunkt gar nicht seltsam finde? Das sei doch egal, antwortete Clintons Opponent, „die USA haben genau das Richtige getan. Wir müssen die Organisation vernichten, damit die Terroristen nicht glauben, ungestraft Amerikaner töten zu können“.

Der republikanische Senator John McCain aus Arizona, der fünf Jahre Kriegsgefangener in Vietnam gewesen war, stellte sich hinter seinen ungedienten Oberbefehlshaber, genauso wie der erzreaktionäre Moralist Jesse Helms, der am liebsten alle Geldmittel für die Uno sperren würde. Außenministerin Madeleine Albright, im Fall Lewinsky vom Präsidenten als Nachweis feministischer Solidarität mißbraucht, lobte die Entscheidungskraft ihres Chefs. Schließlich erteilte Altmeister Henry Kissinger gleichzeitig die Absolution und den Marschbefehl: „Clinton geht es allein um das nationale Interesse. Wir alle müssen gemeinsam hinter amerikanischen Militäraktionen stehen.“

Stunden nach dem Schlag war es, als hätte es niemals eine Monica Lewinsky gegeben, als existierten kein samenbeflecktes blaues Kleid, kein Kenneth Starr, kein Lügenpräsident, der in der ganzen Welt als Pinocchio verspottet worden war. Niemand erfuhr, was die junge Frau am selben Tag über den Wahrheitsgehalt der präsidialen Aussage zu berichten wußte. Sonderermittler Starr mußte erstmals seit Wochen ohne öffentliche Anteilnahme in seinen Wagen steigen.

Mit ein paar Marschflugkörpern, so schien es, hatte der Präsident Aufschub erwirkt und sich erst einmal aus der prekärsten Affäre seiner Amtszeit gebombt – wahrlich im allerletzten Moment. Clinton sei so schwer angeschlagen, daß er keine Entscheidungen mehr treffen könne, be-

„Ein schwarzer Tag für Amerika“

Der Islamisten-Führer Ussama Ibn Ladin über seinen Glauben, seine Weltsicht und den Kampf gegen die Vereinigten Staaten

Wenige Wochen vor den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania gab Ibn Ladin, 41, dem amerikanischen Fernsehsender ABC in einem seiner Verstecke in Afghanistan ein Interview. Auszüge:

AFP / DPA

Ibn Ladin

Frage: Sie stammen aus einer wohlhabenden Familie und kämpfen nun an der vordersten Front. Vielen Amerikanern erscheint dies sehr außergewöhnlich.

Ibn Ladin: Gelobt sei Gott. Es ist schwer, mein Handeln zu begreifen, wenn man nicht den Islam versteht. Gott befiehlt uns den Heiligen Kampf, den Dschihad, um sein Wort über die Worte der Ungläubigen zu stellen. Wir glauben, daß dies ein Dienst an Gott ist.

Frage: Sie gelten als der meistgesuchte Mann der Welt. Beunruhigt Sie das?

Ibn Ladin: Es interessiert uns überhaupt nicht, was die Amerikaner glauben. Die Amerikaner stellen sich über jeden, der an seine Religion und an seine Rechte glaubt. Sie klagen unsere Kinder in Palästina an, Terroristen zu sein. Doch diese Kinder haben keine Waffen. Und zur gleichen Zeit verteidigen die Amerikaner den Staat der Juden, dessen Politik darin besteht, die Zukunft dieser Kinder zu zerstören.

Frage: Sie haben einmal gesagt: Wenn die Amerikaner wirklich tapfer sind, sollten sie doch kommen und mich festnehmen. Glauben Sie, daß dieser Fall eintreten wird?

Ibn Ladin: Wir haben im vergangenen Jahrzehnt den Niedergang der amerikanischen Regierung erlebt, auch die Schwäche des amerikanischen Soldaten, der zwar in der Lage ist, Kalte Kriege zu führen, aber einen langen Kampf nicht durchstehen kann. Wir dagegen sind gerüstet für alle Fälle.

Frage: Sie haben ein religiöses Gutachten, eine Fatwa, erlassen, das alle Muslime aufruft, Amerikaner zu töten.

Ibn Ladin: Allah hat uns aufgegeben, islamischen Boden von allen Ungläubigen zu säubern, das gilt besonders für die arabische Halbinsel, wo die Kaaba steht. Wir müssen zu solchen Mitteln greifen, um Übel wie euch von den Muslimen fernzuhalten. Euer Umgang mit Muslimen in Palästina ist beschämend, wenn Amerika überhaupt noch so etwas wie Scham besitzt. Die von den Amerikanern durchgesetzten Sanktionen gegen den Irak haben zum Tod von mehr als einer Million Kindern geführt. Wir glauben, daß die Amerikaner die größten Diebe und Terroristen der Welt sind. Unsere einzige Chance, diese Angriffe abzuwehren, besteht in der Anwendung ähnlicher Methoden. Wir machen keinen Unterschied zwischen Militärs und Zivilisten. Gemäß unserer Fatwa sind sie alle legitime Ziele. Die Fatwa richtet sich gegen alle, die Muslime morden, die unsere heiligen Stätten entweihen oder den Juden dabei helfen, islamisches Land besetzt zu halten.

Frage: US-Fahnder ermitteln immer noch, ob Sie die Anschläge auf die US-Militärstützpunkte von Riad und Dhahran in Saudi-Arabien befohlen und finanziert haben.

Ibn Ladin: Wir haben unsere Fatwas ausgesprochen und das Volk aufgerufen, den Feind aus dem Heiligen Land zu vertreiben – einige haben uns erhört. Wir beten zu Gott, daß er sie zu Märtyrern erhebt. Sie haben etwas von der Schande weggewaschen, die die saudische Regierung über uns gebracht hat, indem sie mit den Amerikanern im Land Allahs kollaboriert.

Frage: Wie sehen Sie Amerikas Zukunft im Nahen Osten?

Ibn Ladin: Wir sind uns des Sieges sicher. Unser Kampf mit den Amerikanern hat eine größere Dimension als der gegen die Russen in Afghanistan. Wir prophezeien einen schwarzen Tag für Amerika und den Untergang der USA.

Terroristen-Stützpunkt im afghanischen Hinterland,

Sie werden sich zurückziehen müssen aus unserem Land.

Frage: Wie sehen Sie die Zukunft des saudischen Königshauses?

Ibn Ladin: Sie haben die muslimische Gemeinschaft verlassen. Wie die iranische Königsfamilie, wie der Schah, werden sie zerfallen und verschwinden. Und die Amerikaner werden das Land verlassen, wenn unsere Jugend ihnen die hölzernen Kisten und Särge mit den Leichnamen amerikanischer Soldaten und Zivilisten zurückschickt. Unser nächster Sieg wird die Amerikaner die Schrecken von Vietnam und Beirut vergessen lassen.

Frage: Haben Sie eine Botschaft an die amerikanische Nation?

Ibn Ladin: Das amerikanische Volk hat sich einer verräterischen Führung anvertraut. Das wurde besonders deutlich unter Clinton. Die amerikanische Regierung ist ein Agent Israels. Sie wirft das Leben von Amerikanern in Saudi-Arabien für die Interessen der Juden weg. Deshalb sage ich dem amerikanischen Volk, den Müttern der Soldaten und allen amerikanischen Müttern überhaupt: Wenn ihnen ihr Leben und das ihrer Kinder etwas wert ist, sollen sie sich eine wahrhaft nationale Regierung suchen, die *ihre* Interessen vertritt und nicht die der Juden. Die Fortsetzung der Tyrannei wird Amerika nur den Kampf bringen. Unsere Bewegung schreitet schnell und mühelos voran. Ich bin mir unseres Sieges über Amerika und die Juden mit Gottes Hilfe gewiß. Jeden Tag, um den die Amerikaner ihren Rückzug verzögern, werden sie neue Leichname aus islamischen Ländern heimführen müssen.

AFP / DPA

AP

triumphierende Taliban-Soldaten auf dem Vormarsch: *Ihre Rache gilt den Ungläubigen*

fürchteten selbst Parteifreunde. Doch auch ein Präsident, der wankt, ist für Überraschungen gut, gerade militärischer Art.

Nur um welchen Preis? Die islamische Welt geriet sofort in Wallung, überall kündeten Muslim-Führer in dunklen Worten von blutigen Rachetaten. „Tod Amerika!“ riefen Studenten während des Freitagsgebets an der Teheraner Universität. Der Prediger, Ajatollah Ahmed Dschannati, prangerte das „Gesetz des Dschungels“ an, die Amerikaner führten Krieg gegen den Islam.

Erboste Pakistaner verbrannten US-Fahnen in Islamabad, eine aufgebrachte Menge stürmte das verlassene amerikanische Botschaftsgebäude in Khartum, und in der libyschen Hauptstadt Tripolis führte Gaddafi persönlich einen Protestzug an; der irrlichternde Revolutionsführer hat Erfahrung, er war 1986 einem amerikanischen Überraschungsschlag nur knapp entkommen.

Die Hisbollah im Libanon, am Freitag wieder mal von israelischen Kampfflugzeugen mit Raketen beschossen, prophezeite mehr Angriffe auf Amerikaner rund um den Globus, und der Führer der verbotenen Muslimbruderschaft in Ägypten, einer historischen Keimzelle des nahöstlichen Terrorismus, versprach: „Die Flamme des Extremismus wird auflodern.“

Das Bedürfnis nach Rache bekamen in Kabul am Tag danach zwei gänzlich Unbeteiligte zu spüren: Ein italienischer Offizier und ein Franzose, beide im Dienst der Vereinten Nationen, wurden durch Schüsse verwundet, während sie in einem Uno-Fahrzeug durch die Straßen der afghanischen Hauptstadt fuhren.

Tatsache ist, daß mit jedem militärischen Schlag der USA gegen islamistische Terroristen die Radikalisierung der Getroffenen wächst. Wenn es überhaupt einen Gewinner des Golfkriegs von 1991 gegeben hat, dann sind es die Islamisten. Wie religiöse Rattenfänger predigen sie – meist im Untergrund, verfolgt von den Regierungen ihrer eigenen Länder – quer über den Maghreb, auf der arabischen Halbinsel, in Pakistan und vor allem im Schlüsselstaat Ägypten ihre Botschaft von der westlichen „Verschwörung“ gegen die islamische Welt.

Sie ziehen Millionen in ihren Bann, beschwören als Vorkämpfer die einzig gültige göttliche Ordnung, mobilisieren die Massen – und wecken im Westen dumpfe Ängste vor der „grünen Gefahr“, geben sie doch anscheinend dem Harvard-Professor Samuel Huntington recht, wenn er den Islam grundsätzlich „kämpferisch“ nennt, seine Grenzlinien „blutig“, die Gegensätze zum Westen praktisch unüberbrückbar: „Der nächste Weltkrieg wird ein Krieg zwischen unterschiedlichen Kulturen sein.“

In dieses Feindbild paßt Ibn Ladin wie kein zweiter. „Allah hat uns aufgegeben, islamischen Boden von allen Ungläubigen zu säubern“, predigt er seinen Getreuen (siehe Interview). Über einen Sprecher drohte er Clinton vorigen Freitag mit Vergeltung: „Die Schlacht hat noch nicht begonnen. Die Antwort wird aus Taten, nicht aus Worten bestehen.“

Die „überzeugenden Beweise“ für Ibn Ladins Verstrickungen in die Attentate von Kenia und Tansania, auf die Clinton sich beruft, hat einer der mutmaßlichen Bombenbauer von Nairobi erbracht: der Palästinenser Mohammed Sadik Odeh, alias Mohammed Sadik Howeida, 34. Der gelernte Ingenieur war am 7. August, dem Tag der Anschläge, von Nairobi nach Pakistan geflogen. Am Flughafen hielten Grenzbeamte ihn fest, weil das Foto in seinem Paß ihnen befremdlich vorkam.

In den Verhören soll Odeh gründlich ausgepackt haben. „Ussama Ibn Ladin ist unser oberster Führer“, zitierten pakistanische Zeitungen aus den Vernehmungsprotokollen, „und mit der Zerstörung der US-Botschaften in Nairobi und Daressalam wollten wir zeigen, daß wir entschlossen sind, unser Versprechen gegenüber der islamischen Welt einzuhalten – die Amerikaner aus allen islamischen Ländern zu vertreiben, vor allem von der arabischen Halbinsel.“

Ob der Palästinenser, der mit einer Kenianerin verheiratet ist und zeitweilig in der Küstenstadt Mombasa lebte, die Wahrheit sagte oder von seinen Vernehmern unter Druck gesetzt wurde, ist ungewiß. An der „intensiven Befragung“ durch die pakistanischen Behörden durften US-Ermittler nicht teilnehmen. Und nach seiner Überstellung nach Kenia soll Odeh vor amerikanischen Beamten Ibn Ladin nicht wieder als Auftraggeber genannt haben.

Doch auch wenn Ibn Ladin, irgendwo in den afghanischen Bergen versteckt, bislang jegliche Verwicklung in die Anschläge abstreitet – Amerika mit aller Gewalt zu bekämpfen gilt dem muslimischen Eiferer erwiesenermaßen als „heilige Pflicht“, vor allem seit dem Golfkrieg. Als das saudische Königshaus, Hüter von Mekka und Medina, fremde Soldaten ins Land ließ, habe es sich „an die Seite von Juden und Christen gestellt“, mithin seine letzte Legitimation verspielt.

Die Überzeugung, allein der Widerstand der Mudschahidin in Afghanistan habe den Zerfall der Weltmacht Sowjetunion bewirkt, bestärkt ihn im Glauben, auch die andere gottlose Großmacht, Amerika, zu Fall bringen zu können. Und deren Schutzbefohlenen, dem Herrscherhaus der Sauds, prophezeit der Pate des Terrors das gleiche Schicksal wie dem Schah von Persien: Wenn erst einmal die Amerikaner von der Halbinsel vertrieben seien, werde

FOTOS: AFP / DPA

Anti-Clinton-Protest in Karatschi (vorigen Freitag)
„Die Flamme des Extremismus wird auflodern“

die Dynastie sich „auflösen und verschwinden“.

Bezeichnend, daß Ibn Ladin gleich nach den Anschlägen in Nairobi und Daressalam König Fahd, Thronfolger Abdullah sowie dem Außen- und dem Verteidigungsminister seines Heimatlandes ein triumphierendes Fax geschickt haben soll, in dem er das nahe Ende des Königshauses verkündete: „Wir werden den Heiligen Krieg gegen Kreuzzügler und Juden fortführen bis zum bitteren Ende. Bereitet euch darauf vor, bald ohne die Militärhilfe der Amerikaner in unserem Land zu sein. Euer Schicksal ist besiegelt, und die Tage eurer Herrschaft sind gezählt. Inzwischen haben mir einige eurer Brüder ihre Loyalität zugesichert. Seid versichert, wir werden keinen einzigen amerikanischen Soldaten auf unserer arabischen Insel dulden.“

Nach dem Krieg in Afghanistan setzte sich Ibn Ladin in den Sudan ab; dort hatten die Fundamentalisten mit dem Gelehrten Hassan el-Turabi, 66, einen der Ihren in Machtposition gebracht. Mindestens acht terroristische Ausbildungslager glaubte die CIA noch vor wenigen Jahren auf sudanesischem Boden geortet zu haben und setzte das Land auf die schwarze Liste der Staaten, mit denen keine Geschäfte gemacht werden dürfen.

Ibn Ladin unterstützte Turabis „Nationale Islamische Front“ mit großzügigen Spenden. Auch ließ er viele hundert afghanische Veteranen nachkommen, um die Streitkräfte der Junta von Khartum gegen die nicht-muslimischen Rebellen im Süden des Landes zu stärken. Aus eigener Tasche soll Ibn Ladin mehrere Trainingscamps finanziert haben, in denen er Rekruten aus Algerien, Bosnien, Tschetschenien, Saudi-Arabien, Ägypten und Somalia ausbilden ließ. Zudem habe er Waffen für mindestens 15 Millionen Dollar aus China und Iran bestellt, dazu auch den hochbrisanten Plastiksprengstoff Semtex. Ein von ihm geleiteter „Hoher Rat“ soll zeitweilig die Aktionen von 43 verschiedenen islamistischen Gruppen koordiniert haben.

Aus dem Sudan leitete Ibn Ladin angeblich seine erste gezielte Aktion gegen US-Truppen in Somalia. Dort hatte sich Washington in eine völlig mißglückte Friedensaktion verstrickt. 1993 starben in Somalia 17 Amerikaner bei einer Kommandoaktion somalischer Rebellen. Einer der Verantwortlichen war – nach seinen Aussagen in Pakistan – der heutige Hauptbelastungszeuge von Nairobi, Mohammed Sadik Odeh. Wegen seiner Kenntnisse im Umgang mit amerikanischen „Stinger“-Luftabwehrraketen, behauptete der Ingenieur bei seinen Vernehmungen in Pakistan, sei er seinerzeit nach Somalia geschickt worden.

Schon bald hatten die USA Ibn Ladin im Visier und übten Druck auf Khartum aus. Auch Ägypten und Saudi-Arabien, das Ibn Ladin inzwischen die Staatsbürgerschaft entzogen hatte, warnten vor Strafaktionen. 1996 mußte der Millionär, der offiziell als erfolgreicher Bauunternehmer, Besitzer von Ländereien und einer Gerberei für Ziegenleder im Land residierte, den Sudan verlassen. Die Regierung schloß alle Ausbildungslager.

Empört erinnerte Sudans Uno-Botschafter Elfatih Erwa die USA am vergangenen Donnerstag nach dem Raketenangriff auf Khartum an die Kooperationsbereitschaft seines Landes. In Absprache mit Washington sei Ibn Ladin damals nach Afghanistan abgeschoben worden. Gegen die ebenfalls erwogene Ausweisung nach Somalia hatten die USA Einspruch erhoben.

Vor einem halben Jahr gelang Ibn Ladin der Zusammenschluß seiner eigenen „Islamischen Bewegung für Reformen“ mit den beiden ägyptischen Terrorverbänden, dem „Dschihad islami“ und der „Gamaa islamija“. Diese drei Organisationen bilden nun den Kern der „Internationalen Islamischen Front für den Heiligen Krieg gegen Juden und Kreuzzügler“. Sie verfügt über etwa 5000 bewaffnete Kämpfer, die sich bei ihren Aktionen auf Sympathisanten weltweit und umfangreiche Geldmittel stützen können. Viele von ihnen sind Afghanistan-Veteranen, hervorragend ausgebildet und hoch motiviert.

Die unterschiedlichen Gruppen eint ihr Haß auf Amerika, das als Inkarnation der verdorbenen westlichen Moderne empfunden wird – und natürlich als Protektor der verhaßten Zionisten. „Wir betrachten die USA als den Feind der islamischen Völker, weil die amerikanische Regierung ver-

Abschuß einer Cruise Missile
Orientierungshilfe aus dem All

sucht, uns in die Knie und zu einem Frieden mit dem jüdischen Aggressor zu zwingen“, erklärt der Führer der Gamaa islamija.

Mit seinen Kämpfern soll Ibn Ladin auch zwei schwere Angriffe auf Amerikaner in Saudi-Arabien gesteuert haben: In Riad explodierte 1995 ein mit Sprengstoff beladener Wagen vor einem Militärquartier und tötete fünf US-Berater der saudiarabischen Nationalgarde; 1996 wurde in Dhahran vor einer US-Kaserne eine Autobombe gezündet, 19 Soldaten starben. Der erste Verdacht fiel auf Iran.

Wer wirklich hinter den Attentaten stand, erfuhren die Amerikaner erst später. Bei den Ermittlungen hatten die Saudis ihnen jeden Einblick verweigert – es handele sich um „innere Angelegenheiten des Königreichs“.

Jetzt versuchte der saudiarabische Botschafter in Afghanistan, den Schaden wiedergutzumachen. Als eines der wenigen Länder, das die fundamentalistische Taliban-Regierung anerkennt, wollte Riad die afghanische Führung dazu bewegen, Ibn Ladin preiszugeben. Vergebens: „Wir werden niemanden, der bei uns das Recht auf Asyl genießt, ausweisen“, erklärte Taliban-Führer Junis Chalis – vor allem dann nicht, wenn er aus dem Land der heiligen islamischen Stätten komme.

Doch in Sicherheit darf sich Ibn Ladin bei den Taliban, den „Studenten“ des Koran, nicht wiegen. Die fundamentalistischen Milizionäre, die das Land fast ganz erobert haben, sind eine vielfältig fraktionierte Sammelbewegung, die „nur im Gebet vereint ist“, wie ein Landeskenner bemerkt. Sie haben das Fernsehen und die Unterhaltungsmusik verboten; sie veranstalten öffentliche Hinrichtungen und peitschen Männer aus, die sich keinen Bart stehen lassen; sie verbieten Mädchen den Schulunterricht und verbannen Frauen ins Haus. „Mittelalterlich“ nennen das Uno-Agenturen, und denselben Ausdruck gebrauchen die vor einigen Wochen aus Kabul verbannten westlichen Hilfsdienste – als wäre der Islam im Mittelalter nicht viel weiter gewesen.

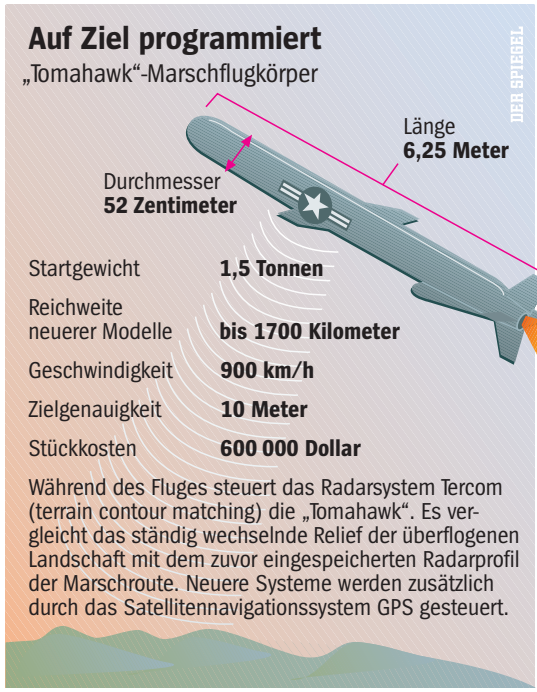
Ihr Vorgehen begründen die Taliban mit dem Buchstaben des heiligen Gesetzes – und pervertieren den Geist des Koran: Die Scharia, die islamische Rechts- und Lebensanleitung, wird von den Religionsfanatikern zum rigoros ausgelegten Staatsrecht erhoben. Suren, die Toleranz und Vergebung predigen, ignorieren die Taliban: Ihr Leben ist das Flammenschwert, ihre Rache gilt den „Ungläubigen“.

Iran und Afghanistan sind Nachbarn – und erbitterte Feinde. Die Machthaber in Teheran haben die „Nordallianz“, die Gegner der Taliban um den General Dostam und den Militärführer Massud, sogar mit Waffen unterstützt. Dabei sind die Iraner eine Koalition mit den früher so verhaßten Russen eingegangen. Beide schreckt die Vorstellung, die furchtbaren „Koranschüler“, die schon 90 Prozent des Landes kontrollieren, könnten bei ihrem gegenwärtigen Siegeszug nicht an den bisherigen Grenzen Afghanistans haltmachen. Sie könnten ihre Drohung wahr machen, die Städte Buchara und Samarkand in Usbekistan anzugreifen. Damit wäre die ganze Südflanke der ehemaligen Sowjetunion und der heutigen GUS gefährdet, auch das öl- und erdgasreiche Turkmenistan.

Setzt sich der radikale, antiwestliche Taliban-Islam in Zentralasien durch, würden Fundamentalisten von Algerien bis Ägypten Auftrieb erhalten. Dann könnte sich die militante, im Untergrund arbeitende saudiarabische Opposition zum Umsturz ermutigt fühlen – mit alptraumhaften Folgen für die ganze Welt.

Dennoch stehen die Amerikaner den Taliban wohlwollend gegenüber, sie sehen in ihnen ein Bollwerk gegen Iran. US-Firmen spekulieren zudem auf die Ausbeutung der Ölvorräte in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Die Ausbeute soll durch eine Pipeline geleitet werden, die quer durch Afghanistan ins pakistanische Karatschi gebaut werden müßte.

Nach den Bombenattentaten von Tansania und Kenia ging Außenministerin Madeleine Albright sogar so weit, dem abstoßendsten fundamentalistischen Regime der Welt die diplomatische Anerkennung in Aussicht zu stellen – wenn es im Gegenzug nur Ibn Ladin nicht länger schütze.

Zumindest einige Taliban-Gruppen schienen bis zum Angriff durch die amerikanischen Marschflugkörper bereit, eine Auslieferung zu erwägen, allerdings verlangten sie von den Amerikanern eindeutige Beweise für Ibn Ladins Schuld.

Seit den Einschlägen der Cruise Missiles aber gilt wieder das Versprechen des Taliban-Führers Mohammed Omar. Er hatte nach den Anschuldigungen gegen Ibn Ladin geschworen: „Selbst wenn sich alle Länder der Welt gegen uns verbünden, würden wir Ussama mit unserem Blut verteidigen.“ ◆